

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 7

SPD

Juli 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

während das Parlament in Berlin gerade Sitzungspause hat, wird in Baden-Württemberg noch fleißig geschafft. Viele Ortsvereine nutzen die Zeit, um nach der Landtagswahl auch die Bundespolitik wieder mehr ins Blickfeld zu rücken und auch ich bin bis zum Ferienbeginn Ende Juli noch viel in Stuttgart unterwegs. Im SPD-Landesverband geht außerdem der Neuaufbau nach der Landtagswahl weiter. Am kommenden Samstag zum Beispiel mit einem Treffen des Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden zur Vorbereitung des Landesparteitags im Oktober. Bisher einzige Kandidatin für den Landesvorsitz ist Leni Breymaier. Eine die zupackt und mit Herz und Leidenschaft an die Sache geht. Allerdings kann sie allein auch keine Wunder vollbringen. Allein die Person an der Spitze auszutauschen ist sicher nicht genug, um die Partei im Land neu aufzustellen. Wir erwarten also mit Spannung, welches Team uns im SPD-Landesverband Baden-Württemberg ins kommende Bundestagswahljahr führen wird.

In der Regierungsarbeit der Großen Koalition wird der nahende Wahlkampf jedenfalls täglich stärker spürbar. Das Fenster, um noch große Vorhaben zu verwirklichen, wird sich vermutlich gegen Ende des Jahres schließen. Bis dahin gilt es, den Herbst zu nutzen und die noch offenen Punkte des Koalitionsvertrages abzarbeiten. Also nutzen wir den August zum Auftanken! Erholende Ferien und einen schönen Sommer,

herzliche Grüße,

Ute Vogt



Übergabe des Abschlussberichts an den Bundestagspräsidenten:
In der Mitte v.l.n.r.: Ute Vogt, Michael Müller, Norbert Lammert

Welterbe am Weißenhof

Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Am Wochenende wurden die neuen „Welterbe“-Siegel der UNESCO verliehen. Die in der Weißenhofsiedlung stehenden Bauten des Architekten Le Corbusier wurden 1927 errichtet als Beispiel für ein modernes, wegweisendes Bauen. Der Verein der Freunde der Weißenhofsiedlung setzt sich schon lange dafür ein, dass die komplette Siedlung in eine Stiftung überführt und nicht mehr über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet wird.

→ [Mehr zum Thema](#)

Stammtisch

Der nächste bundespolitische Stammtisch findet statt am Mittwoch, 27.07.2016, um 18:00 Uhr, Murrhardter Hof am Wilhelmsplatz 6.

Bericht der Endlagerkommission

Nach mehr als zwei Jahren hat die Kommission zur Endlagersuche für Atommüll ihren Bericht an den Bundestag abgegeben. Auch für mich heißt das deutlich weniger Tage in Berlin, denn die Kommission traf sich häufig zusätzlich außerhalb der Sitzungswochen. Wer genaueres wissen oder mitreden möchte: Der Abschlussbericht kann bis zum 11.09.2016 online kommentiert und bewertet werden. Die Beiträge werden gemeinsam mit dem Bericht am 28.09.2016 im Umweltausschuss des Deutschen Bundestags beraten. Danach beginnt das Gesetzgebungsverfahren zur Regelung des Suchverfahrens und der Standortentscheidung.

→ [Zur Online-Konsultation](#)

Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung

Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat beruht darauf, dass zwei eherne Grundsätze gelten: „Vor dem Gesetz sind alle gleich“ und „Verbrechen darf sich niemals lohnen“. Mit dem Gesetzentwurf zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, den das Bundeskabinett letzte Woche beschlossen hat, sorgen wir dafür, dass diese beiden Grundsätze künftig noch besser verwirklicht werden. Kriminell erlangtes Vermögen kann in Zukunft einfacher und in größerem Umfang abgeschöpft werden als bisher. Vor allem wird Vermögensabschöpfung zum Regelfall. Bisher musste sich die Justiz bei komplexen Fällen, etwa Wirtschaftskriminalität, oft mit der Bestrafung der Täter begnügen, wodurch häufig ausgerechnet „die großen Fische“ durchs Netz schlüpfen konnten. Dies soll künftig nicht mehr möglich sein. Zudem wird die erweiterte Vermögensabschöpfung bei allen Straftaten möglich und Vermögen unklarer Herkunft kann eingezogen

werden. Außerdem können Opfer leichter eine Entschädigung bekommen. Mit diesem Gesetzentwurf setzen wir nicht nur Vorgaben der EU um, sondern wir gehen einen entscheidenden Schritt weiter: Wir verwirklichen die Forderung des Koalitionsvertrages nach einer „verfassungskonformen Beweislastumkehr“ für die Abschöpfung von Vermögen unklarer Herkunft. Wir schaffen mehr Gerechtigkeit und sorgen noch besser dafür, dass sich Verbrechen nicht bezahlt macht.

- [Mehr zum Thema](#)
- [Fragen und Antworten](#)



Bei einer Veranstaltung der SPD Mühlhausen – SPD im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zum Thema „Nord-Ost-Ring“ v.l.n.r.: Wiebke Wähling, Ute Vogt, Joseph Michl (ArGe Nord-Ost)

Bürgeranliegen

Über 140 Standardmails zum Thema Fracking sowie über 20 individuelle Anfragen zum Thema haben in diesem Monat eine Antwort bekommen. Weitere Schwerpunkte waren Anfragen zu Rente, Brexit, EEG, Brennelementesteuer, UN-Sozialpakt und Pflegeberufe.



Bei der SPD-Programmkonferenz in Berlin auf dem Weg zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017.

Auswertung des Grundsatzprogramms der AfD aus Perspektive der SPD

Die AfD hat drei Jahre nach ihrer Gründung ihr Grundsatzprogramm auf einem Bundesparteitag in Stuttgart am 01.05.2016 beschlossen. Auf dem Parteitag gab es überwiegend Geschäftsordnungsdebatten, kaum wirkliche inhaltliche Diskussionen. Die umstrittensten Themen waren Religionsfreiheit bzw. der Islam und das Verhältnis zum Westen. Während die Ablehnung des Islam („Der Islam gehört nicht zu Deutschland“) noch verschärft wurde - bis hin zu jeglicher Ablehnung eines Dialoges über Reformen - konnten Forderungen nach weit radikaleren Schritten zum Euro-Austritt Deutschlands, dem Rückbau der Europäischen Union und ei-

nem Austritt aus der NATO gerade noch vermieden werden. Aus taktischen Gründen akzeptiert die AfD nun den Mindestlohn, obwohl die Führung ihn jahrelang bekämpft hat und eine Mehrheit der Mitglieder ihn in den Programmbefragungen abgelehnt hatte. Das Programm ist nun bindend für die AfD. Zur Bundestagswahl 2017 wird darüber hinaus ein Wahlprogramm vorgelegt werden. Die einzelnen Kapitel haben wir aus sozialdemokratischer Perspektive ausgewertet.

- [Zur Auswertung](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

